

ÖSTERREICHISCHER  
LANDARBEITERKAMMERTAG  
1015 WIEN, MARCO D'AVIANO GASSE 1  
Postfach 258, Telefon 52 23 31

G.-Z.: 909 - Dr.M/K

Wien, am 28. AUG. 1985

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Bundesgesetz über die Einhebung  
eines Wohnbauförderungsbeitrages geän-  
dert wird  
Zl. AV 54.471/1-V/4/85

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Datum: 29. AUG. 1985

Verstelt: 2. 9. 85 Klein

*A. Klotzgruber*

In der Beilage übermittelt der Österreichische Landarbeiter-  
kammertag 25 Abschriften seiner Stellungnahme betreffend den  
oben bezeichneten Gesetzentwurf zur freundlichen Information.

Der Leitende Sekretär:

25 Beilagen

(Dr. Gerald Mezrichsky)



**Abdruck****ÖSTERREICHISCHER  
LANDARBEITERKAMMERTAG**1015 WIEN, MARCO D'AVIANO GASSE 1  
Postfach 258, Telefon 52 23 31

G.-Z.: 908 - Dr.M/K

Wien, am 28. Aug. 1985

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Bundesgesetz über die Einhebung  
eines Wohnbauförderungsbeitrages geän-  
dert wird  
Zl. 54.471/1-V/4/85An das  
Bundesministerium für Bauten  
und TechnikStubenring 1  
1011 Wien

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Einhebung eines Wohnbauförderungsbeitrages geändert wird, nimmt der Österreichische Landarbeiterkammertag Stellung wie folgt:

Die Wiedereinbeziehung der Dienstnehmer in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes in die Ausnahmebestimmung von der Wohnbauförderungsbeitragspflicht wird vom Österreichischen Landarbeiterkammertag nachdrücklich befürwortet.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob nicht in diesem besonderen Fall eine (sonst vom Österreichischen Landarbeiterkammertag in der Regel heftig abgelehnte) rückwirkende Inkraftsetzung angezeigt wäre. Dafür spräche u.E. vor allem die Tatsache, daß diese Konsequenz (nämlich die Verpflichtung zur Entrichtung des Wohnbauförderungsbeitrages) bei der Novellierung des Bundes-Verfassungsgesetzes (BGBl.Nr. 444/74) bzw. des Landarbeitgesetzes (BGBl.Nr. 392/76) ganz offensichtlich nicht beabsichtigt war. Es wäre nicht einsichtig, daß infolge eines Versehens des Gesetzgebers dieser Personenkreis vorübergehend den Wohnbauförderungsbeitrag entrichten müßte. Auch der Umstand, daß die Einhebung bis dato in vielen Fällen noch gar nicht erfolgt ist, läßt eine solche Rückwirkung zweckmäßig erscheinen.

Der Präsident:

Der Leitende Sekretär:

Ing. Anton Nigl e.h.  
Bundesrat

(Dr. Gerald Mezriczky)

